

Gerhard Vinnai

Zur Sozialpsychologie des rechten Populismus (2017)

Vortrag der „Kritischen Suchbewegungen“, Bremen 10.1.2017

Teil I: Zur Psychoanalyse der Fremdenfeindlichkeit

Ein zentrales Element des rechten Populismus ist die Fremdenfeindlichkeit, die sich gegen Migranten, Muslime, Schwarze, Juden und Abweichende aller Art richten kann. Welche sozialpsychologischen Elemente werden in ihr wirksam.

Das „innere Ausland“

Unser Verhältnis zu fremden Menschen und fremden Kulturen ist mit dem verknüpft, was uns an uns selbst fremd ist. Das „innere Ausland“ (Freud) bestimmt entscheidend, wie Ausländer erfahren werden. Die eigene Psyche ist dem Bewusstsein immer nur teilweise zugänglich. Je schwächer das Ich ist, desto mehr gerät die Psyche unter das Diktat unbewusster seelischer Kräfte. Wenn sich das Ich aufgrund fehlgelaufener Erziehungsprozesse nicht entwickeln konnte oder aufgrund eines Mangels an sozialen Gestaltungsspielräumen verkümmert, sind Menschen besonders in Gefahr, undurchschauten inneren Mächten zu verfallen. Was durch gesellschaftliche Normen tabuisiert ist oder das eigene Selbstbild zu sehr kränken könnte, kann abgespalten und verdrängt werden. Dies dem Bewusstsein Entzogene kann wiederkehren, indem es auf andere Menschen projiziert wird, indem es unbewusst Fremden unterschoben wird. Der Fremde kann zum Repräsentanten abgewehrter eigener Triebregungen werden, sein Bild kann von dem entstellt sein, was man insgeheim ist oder begehrt. Das unheimliche Fremde kann also durchaus heimlich vertraut sein. Die eigene verdrängte Destruktivität kann im Bild des gewalttätigen Fremden wiederkehren; wo geltende Rechtsnormen insgeheim gerne überschritten würden, kann er als notorischer Rechtsbrecher erscheinen. Wo man viel arbeiten muss, erscheinen einem Ausländer gerne als faul, wo man den Mund halten

muss, gelten sie als laut, wo die Sexualität nicht gelebt werden kann, gilt ihre Triebhaftigkeit als bedrohlich.

Nicht nur negative Vorurteile, auch positive Vorurteile gegenüber Ausländern, durch die Wunsch und Wirklichkeit gleichgesetzt werden, erschweren es, ihnen gerecht zu werden. Außerdem ist, wie die Psychoanalyse aufzeigen kann, die Idealisierung fast immer mit einer heimlichen verdrängten Aggressivität verknüpft. Man darf durchaus Fremden gegenüber unsicher sein und mit manchen von ihnen Probleme haben, ohne dadurch automatisch ein schlechter Mensch zu sein.

Um mehr Verständnis für Fremde zu gewinnen, reicht allein die Konfrontation mit ihrer Realität nicht aus. Nur ein anderes Verhältnis zum eigenen Begehren, nur ein freieres Wünschen erlaubt es, sie als soziale Bereicherung zu erfahren. Mehr Anteilnahme am Schicksal von Ausländern kann nicht durch bloße Aufklärung und moralische Appelle erlangt werden. Sie verlangt einen anderen Umgang mit Triebregungen und Wünschen, sie verlangt ein gewandeltes Fühlen und Erleben. Einer veränderten Realitätserfahrung stehen äußere und innere Barrieren entgegen. Eine wesentliche innere Barriere ist die Angst. „Die Angst macht die Verdrängung“, heißt es bei Freud. Sie kann die Bedürfnisse irrationalisieren und mit Blindheit gegenüber äußeren und inneren Realitäten schlagen. Eine andere Beziehung zum eigenen Selbst wie zu anderen Menschen verlangt den Abbau von Angst, der Energien freisetzen kann, anders mit sich selbst und anderen umzugehen. Dieser Abbau ist an Sicherheit stiftende soziale Beziehungen und Verhältnisse gebunden, die es dem Ich erlauben, sich Ängsten zu stellen und neue Bedürfnisse zu entwickeln.

In der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts haben die Studentenbewegung, die Frauenbewegung, die Ökologiebewegung oder die Friedensbewegung Jugendlichen und Erwachsenen nicht nur erlaubt, ihre Kritik an lebensfeindlichen Realitäten auszudrücken. Im Rahmen dieser Bewegungen sind auch vielfältige soziale Beziehungen zustande gekommen, die neue soziale Erfahrungen ermöglicht haben. Diese Bewegungen haben es begünstigt, Ängste vor dem Erproben anderer Umgangsformen abzubauen und dadurch andere Wünsche und Bedürfnisse zu entdecken. Wo solche sozialen Emanzipationsbewegungen zerfallen und keine neuen entstehen, fehlt ein wichtiges Element für psychische und soziale Lernprozesse, aus denen Offenheit gegenüber Fremden erwächst. Man

muss soziale Beziehungen erfahren, in denen man es sich leisten kann, sich selbst fremd zu werden, um einen anderen Umgang mit dem Fremden zu erlernen.

Ablösung vom Vertrauten und Hinwendung zum Fremden

Lebensgeschichtliche Entwicklungen stehen immer in Zusammenhang mit der Auseinandersetzung mit dem Fremden. Wie die Ablösung von Vertrautem und die Hinwendung zu Fremdem gelingt, ist entscheidend für das Gelingen oder Misslingen menschlicher Reifungsprozesse. Jeder positive soziale Lernprozess muss durch die Angst vor dem Fremden hindurch, nur nach ihrer Überwindung können sie als Bereicherung erfahren werden. Das „fremdelnde“ Kleinkind fürchtet sich vor allen Menschen, die nicht seine Mutter sind. Das Kind, das in die Schule eintritt, hat Angst vor der Vielzahl fremder Kinder. Die Pubertät der Jugendlichen ist mit der Angst vor den fremdartigen Mitgliedern eines anderen Geschlechts verbunden. Wer seine Heimatstadt verlässt, muss sich in einer anderen Stadt zuerst auf ängstigende Art fremd fühlen. Wer in ein anderes Land umsiedelt, oder dieses auch nur als Tourist besucht, muss Ängste vor dem Unbekannten hinter sich bringen, um sich dort wohl zu fühlen. Wie frühere Hinwendungen zum Fremden verlaufen sind, hat entscheidenden Einfluss darauf, wie es in der Gegenwart erfahren wird. Wenn notwendige Trennungsprozesse nicht gelungen sind und deshalb fragwürdig gewordene frühere Bindungen bewusst oder unbewusst fortbestehen, muss die Erfahrung des Fremden besonders ängstigend ausfallen. Dass Menschen zu sozialen Wesen werden, dass sie kultur- und politikfähig werden, erfordert die Ablösung von frühen Bindungen an die Herkunftsfamilie. Wo diese misslingt, kann es auf der politischen Ebene zum Nationalismus kommen, der unbewusst ein politisches Gemeinwesen mit der Familie gleichsetzt und diejenigen auszugrenzen bestrebt ist, die nicht „zu uns“ gehören. Schon in den 30er Jahren des 20. Jahrhunderts hat Wilhelm Reich in seiner „Massenpsychologie des Faschismus“ aufgezeigt, dass Nationalismus mit ungelösten infantilen Bindungen verknüpft ist. „Die Vorstellungen von Heimat und Nation sind in ihrem subjektiv-gefühlsmäßigen Kern Vorstellungen von Mutter und Familie. Die Mutter ist die Heimat des Kindes wie die Familie seine ‚Nation im Kleinen‘ ist“, heißt es dort. Das simplifizierende und emotional aufgeladene nationalistische Weltbild kann die Komplexität ökonomischer und sozialer Prozesse nicht zur Kenntnis nehmen. Es sucht stattdessen im nationalen Führer eine starke väterliche Macht, die,

zusammen mit ihren treuergebenen Söhnen, die Mutter Heimat gegen fremde Horden verteidigt. Nur seine „archaische“, familiäre Aufladung erlaubt die Leidenschaften, die dem Nationalen gelten können.

Infantile soziale Bindungen und die ihnen entsprechenden Realitätserfahrungen können da nicht überwunden werden, wo die Gesellschaft ihren Mitgliedern ein mündiges Erwachsensein verwehrt. Menschen bleiben vor allem da an sie fixiert, wo es ihnen verwehrt ist, ihr Schicksal selbst zu gestalten, und wo sie stattdessen zu Bettelhaltungen gegenüber staatlichen und ökonomischen Mächten verurteilt sind. In einer Gesellschaft, in der immer mehr Lebensbereiche von der unpersönlichen Macht des Geldes regiert werden und wo sich Menschen immer mehr von bürokratisch strukturierten Großorganisationen anonym verwaltet fühlen, neigen sie dazu, seelischen Halt beim Nationalen zu suchen, das Gemeinschaftsgefühle gegenüber der gesellschaftlichen Kälte verspricht. Wenn Demokratie bloß als Veranstaltung von Politikern erfahren wird, wenn sie einem anonymen Verwaltungsstaat zugerechnet wird oder nur mit Wahlprozeduren gleichgesetzt wird, bei denen die eigene Stimme gegenüber unzähligen anderen kaum etwas gilt, wird der Demokratie die emotionale Besetzung entzogen. Die Emotionen landen dann leicht beim Nationalismus, der mehr gefühlsmäßige Aufladung duldet. Die Überwindung von nationalistischen Fiktionen des Zusammenlebens kann nur durch demokratische Emanzipationsbewegungen zustande gebracht werden, die wirkliche soziale Beziehungen und Verhältnisse stiften, die ein anderes Erleben zulassen.

Verschiebungen

Ausländer müssen die Rolle von Stellvertretern für vielerlei Hassobjekte spielen. Aggressive Regungen können unbewusst von einem Objekt auf ein anderes verschoben werden, bei dem es ungefährlicher ist, sie unterzubringen. Die Analyse der Ausländerfeindlichkeit muss fragen, wem die Wut eigentlich gilt, wenn Ausländer misshandelt werden.

Aggressive Regungen, die dem eigenen Selbst gelten, können auf andere Menschen verschoben werden, wenn das eigene Selbst durch sie zu sehr entwertet würde. Ein abgewehrter Selbsthass kann die Gestalt des Hasses auf andere annehmen. Diejenigen, die sich als Opfer sozialer Verhältnisse erfahren und sich nicht dagegen wehren, tendieren,

um die Selbstverachtung abzuwehren, dazu, anderen die Rolle des Opfers aufzuzwingen. Das Opfer, das sie selbst sind, sollen andere repräsentieren, die noch mehr Opfer werden. Der Ausländer, dem Gewalt angetan wird, erfährt diese auch stellvertretend für das eigene, um seine Entfaltung gebrachte Selbst. Man kann sich von selbstzerstörerischen Regungen entlasten, indem man anderen das antut, was einem selber angetan wurde.

Die Fremden müssen häufig auch stellvertretend einen Hass gegen die Mächte auf sich nehmen, die die eigene Existenz wirklich bedrohen. Deshalb ist die Ausländerfeindlichkeit in den Teilen der früheren DDR besonders ausgeprägt, wo es praktisch keine Ausländer gibt. Man wirft dort den nicht vorhandenen Ausländern gerne vor, sie würden die Arbeit wegnehmen, krumme Geschäfte machen, schnell und leicht zu Geld kommen und überhaupt alles durcheinander bringen. Dieser Vorwurf erscheint weniger absurd, wenn man ihn auf die „deutschen Ausländer“, auf die „Wessies“ bezieht, die in der früheren DDR nach der Wende real oder scheinbar ihr Glück gemacht haben. Selbst der frühere Bundeskanzler Schmidt hat betont, dass es ein schwerer politischer Fehler war, dass die Bevölkerung der früheren DDR nach der Wende nur 5 % des von ihr geschaffenen Produktivvermögens erwerben konnte. Diese muss sich bis heute als von fremden Deutschen bestimmt erfahren, von denen das eigene Überleben zugleich auf besondere Weise abhängig ist, so dass kaum eine aggressive Auflehnung gegen sie möglich ist. Die Ostdeutschen sind als Investoren oder Feriengäste auf Westdeutsche angewiesen. Den Hass auf die fremden deutschen Mächte, denen sie sich ausgeliefert fühlen, lassen viele „Ossies“ die Fremden spüren, auf die sie ihren Hass verschieben.

Die Fremdenfeindlichkeit bringt symbolisch zum Ausdruck, wie es um die Beziehungen der Menschen zueinander in unserer Gesellschaft bestellt ist. Sie ist ein Symptom, in dem die Misere des bestehenden Sozialsystems zum Ausdruck kommt. Eine Kultur, die von einem entfesselten Kapitalismus geprägt ist, verstrickt Menschen ständig in feindliche Konkurrenzbeziehungen: Mitmenschen werden in ihr häufig vor allem als Rivalen im Kampf ums Überleben erfahren. Der Hass auf die Ausländer wird meist damit begründet, dass sie die Arbeitsplätze, die Wohnungen und die Frauen wegnähmen. Sie haben den bedrohlichen Konkurrenten schlechthin zu repräsentieren: die Wut, die potentiell allen Menschen gilt, die zu Konkurrenten werden, wird an ihnen ausgelassen.

Teil II: Zur psychischen Verarbeitung der Krise des Kapitalismus und der parlamentarischen Demokratie

Zur Krise des Kapitalismus

Max Horkheimer: Wer aber vom Kapitalismus nicht reden will, soll auch vom Faschismus schweigen! (1939, Die Juden In Europa)

Es gibt in der Gegenwart in westlichen Gesellschaften zwar kaum eine offene Hinwendung zu traditionellen Formen des Faschismus, aber es gibt es eine starke Tendenz zu neuen Formen rechter antidemokratischer Politik, die nur zu verstehen sind, wenn man sie zu Krisentendenzen des Kapitalismus in Beziehung setzt.

Globalisierung

Der Kapitalismus hat eine Weltgesellschaft hervorgebracht, die mit dem Weltmarkt verbunden ist und heute mit dem Begriff der Globalisierung verknüpft wird. Wie eine nicht vom Kapital gestiftete Globalisierung aussehen könnte, ist heute eine weitgehend offene Frage. Die mit der Globalisierung verbundene Internationalisierung hat neue Möglichkeiten für den ökonomischen und kulturellen Austausch eröffnet, der vor allem für Privilegierte, die materielle und bildungsmäßige Voraussetzungen hierfür aufweisen, soziale Vorteile mit sich bringt. Aber sie ist für Andere auch mit wachsender Armut, mit Formen der Ausgrenzung und sozialer Entwurzelung verbunden. Viele erfahren sich als Einzelne unter unzähligen Anderen, deren Schicksal nicht zählt. Das kann den Wunsch nach einer Rückkehr zum Nationalstaat wecken, in dem alles angeblich noch einfacher und überschaubarer war. Heute ist aber die Ökonomie, die Wissenschaft, die Medienkultur, der Sportbetrieb, die Mode oder die Esskultur soweit internationalisiert, dass diese Rückkehr weder wünschenswert noch überhaupt machbar ist. Es kann nur darum gehen die Globalisierung gerechter und transparenter zu organisieren und dafür zu sorgen, dass regionale und kulturelle Besonderheiten darin anders als bisher ihr Recht finden.

Die Angst vor dem Ausgeliefertsein an eine Übermacht eines Allgemeinen, das mit Globalisierung verbunden ist, fordert ein Gegengewicht. Es wird heute, meist allzu wolzig, mit dem Begriff der Heimat verbunden. Es verlangt in Kommunen mehr öffentliche Räume, die nicht von privaten Interessen bestimmt sind, und so ein reicheres Zusammenwirken ermöglichen. Es benötigt gemeinsames Eigentum, das die gemeinsame Erzeugung und Bearbeitung von Realität erlaubt. Es ist auf mehr kulturelle Einrichtungen zur Pflege und Weiterentwicklung von Traditionen angewiesen. Dies kann, miteinander verbunden, eine Lebensgestaltung zulassen, die ein Gegengewicht gegen umfassende soziale Zusammenhänge stiftet. Daraus kann mehr soziale Sicherheit resultieren, die auch die Öffnung gegenüber Fremden erleichtert und diesen sogar erlaubt, an der Gestaltung der „Heimat“ bereichernd mitzuwirken.

Konzentration wirtschaftlicher Macht

Verbunden mit der Globalisierung verschwindet die ökonomische Selbstständigkeit in den westlichen Gesellschaften immer mehr. Die traditionellen selbstständigen Mittelschichten sind im Kapitalismus in ihrer Existenz bedroht oder bereits zum Verschwinden gebracht. Die Zahl der als Arbeiter oder Angestellte unselbstständig Beschäftigten wächst immer mehr. In Deutschland können nur noch ungefähr 10 % als selbstständig gelten, unter denen sich mehrheitlich Kleingewerbetreibende oder Scheinselbstständige befinden, die von Großbetrieben völlig abhängig sind. Die wachsende Fremdbestimmung der Arbeitskräfte sorgt für eine Art der Zwangskollektivierung im Rahmen von Großbetrieben, in denen sie von oben organisiert werden. Ökonomische Freiheit kann in unserer Gesellschaft immer mehr nur noch, als sehr reduzierte, in der Sphäre des Konsums erlebt werden und beschränkt sich dort auf die Möglichkeit, Geld verschieden auszugeben. Wie die Berufsarbeit organisiert wird, was durch sie hergestellt wird, oder wie ihre Produkte verteilt werden, ist dem Einfluss der Arbeitskräfte üblicherweise entzogen. Aber selbst die Freiheit des Konsums schrumpft für viele, wenn der Reichtum der Gesellschaft sehr ungleich verteilt wird und die unteren Sozialschichten dadurch kaum die Möglichkeit haben, sie zu realisieren. Die zunehmende wirt-

schaftliche Fremdbestimmung sorgt für Formen kollektiver Unmündigkeit, sie verstrickt immer mehr Menschen in infantilisierende Abhängigkeiten, die ihre Beziehung zu sich selbst und zu anderen bestimmen.

Zur Macht der Werbung

Der Bereich der Kultur wird in der weltlichen Welt immer mehr von der Warenwerbung und ihrer Ästhetik beherrscht. Die Kunst, der Sport oder organisierte Festlichkeiten werden immer mehr zum Anhängsel der Warenwerbung für Produkte oder Firmen, die sie herstellen. Im Bereich der Politik ähnelt die politische Propaganda immer mehr der Warenwerbung und wird von ihr entsprechenden Firmen organisiert. Massenmedien, die als private im Wettbewerb bestehen wollen, müssen sich nicht zuletzt an Werbeeinnahmen und damit der Logik der Werbung orientieren. Die Werbung aber kennt kaum einen Wahrheitsanspruch, ihr geht es vor allem darum, durch die Manipulation von Wünschen und Bedürfnissen potentielle Kunden zum Kauf bestimmter Waren zu bewegen. Diejenigen, die sich in der ökonomischen Konkurrenz behaupten wollen, müssen vor allen ein Image pflegen, ohne dabei meist auf die Ehrlichkeit oder Wahrhaftigkeit ihrer Selbstdarstellung besondere Rücksicht nehmen zu können. Auch in der Wissenschaft gilt das Gebot der Bindung an die Wahrheit immer weniger. Wissenschaftliche Anstrengungen sind immer mehr bloß an einer instrumentellen Vernunft orientiert, die auf die ökonomische und technische Verwertung von Wissen ausgerichtet ist. Dass in den USA Donald Trump die Präsidentschaftswahl gewonnen hat, ohne sich bei seinen Äußerungen besonders um deren Wahrheitsgehalt kümmern zu müssen, ist nicht primär Ausdruck seines schlechten Charakters sondern Ausdruck einer veränderten kulturellen und politischen Situation, die auf immer totalitäre Art von der Logik der Warenwerbung bestimmt wird. Diese Entwicklung untergräbt auf fatale Art überall in der Gesellschaft die Hervorbringung von kritischem demokratischem Bewusstsein.

Zum Verschwinden der Arbeiterklasse

Die Entwicklung des Kapitalismus hebt die Unterschiede zwischen Armen und Reichen keineswegs auf, zum Kapitalismus gehören weiterhin extreme und oft sogar wachsende Klassenunterschiede. Die Zusammensetzung der unteren Sozialschichten hat sich aber durch das weitgehende Verschwinden der traditionellen Arbeiterklasse verändert. Die Werktätigen, auf die die traditionelle Arbeiterbewegung setzte, waren vor allem Arbeiter in der großen Industrie, die gemeinsam mit anderen sichtbar etwas herstellten und damit verbunden ein spezifisches kollektives Produzentenbewusstsein entwickeln konnten. Das gemeinsame kooperative Arbeiten und die gemeinsam ausgetragenen Konflikte mit der Kapitaleseite begünstigten eine bestimmte gewerkschaftliche und politische Interessenorientierung und sorgten so für die Entwicklung von Formen der Solidarität. Mit dem Verschwinden der traditionellen Industriearbeit und dem damit verbundenen Verschwinden der traditionellen Arbeiterbewegung bzw. ihrer Organisationen nimmt die Atomisierung in den unteren Schichten der Gesellschaft zu. Jeder soll sich möglichst allein um die Vertretung seiner Interessen kümmern, was die Ohnmacht der Einzelnen verstärkt.

Die Gleichheitsansprüche der Arbeiterbewegung können durch diese Veränderung in der Praxis kaum noch realisiert werden. Der Wunsch nach Kollektivität und Gleichheit, den die Arbeiterbewegung vertrat, kann sich ohne deren Organisationen kaum noch in der politischen Praxis Geltung verschaffen. Er tendiert dazu, sich auf merkwürdige Art mit dem Nationalismus zu verbinden: Viele Arbeiter wählen heute rechte Parteien. Der Nationalismus verspricht eine Gleichheit, die freilich nicht mit dem Gleichheitsanspruch der traditionellen Arbeiterbewegung zusammenpasst und auch von deren Internationalismus nichts mehr wissen will. Aber immerhin sind für nationale Phantasmen alle Deutschen auf eine bestimmte Art gleich, egal ob sie arm oder reich sind und solange sie sich von Ausländern unterscheiden lassen. Das verspricht wenigstens in der Phantasie einen sozialen Zusammenhalt, der gegen die Atomisierung der Gesellschaft gerichtet ist und der nicht nur an nackten ökonomischen Interessen orientiert ist. Als Deutscher unter Deutschen scheint man das Recht zu haben, an ein nationales Kollektiv bestimmte Ansprüche stellen zu können, die in übernationalen Zusammenhängen ins Leere laufen.

Zur Krise der parlamentarischen Demokratie

Als Demokratie gilt in unserer Gesellschaft eine parlamentarische Demokratie, bei der das Volk, vermittelt über gewählte Parlamente, an politischen Entscheidungen Teil hat. Aber genau genommen kann man beim westlichen politischen System nicht von einer parlamentarischen Demokratie sprechen, weil, deren Anspruch zufolge, das Parlament ein Ort ist, an dem nach gründlichen öffentlichen Diskussionen zentrale politische Entscheidungen getroffen werden. In der Praxis der gegenwärtigen „parlamentarischen Demokratie“ ist aber das Parlament nur ein Ort, an dem anderswo getroffene Entscheidungen veröffentlicht und propagandistisch legitimiert werden. Wesentliche politische Entscheidungen werden außerhalb des Parlaments, unter dem Einfluss von Interessengruppen bzw. ihren Lobbyisten, oder von der Ministerialbürokratie getroffen, ohne dass die politische Entscheidungsfindung für die Öffentlichkeit transparent ist. Politische Entscheidungen verschieben sich immer mehr vom Parlament auf wirtschaftliche Machtgruppen, die weitgehend undurchschaubar und demokratisch unkontrolliert ihren Einfluss in der Sphäre der Politik gelten machen können.

Das demokratische Potential unserer Gesellschaft ist heute weniger bei gewählten Parlamenten als bei „zivilgesellschaftlichen“ Zusammenschlüssen oder einer Minderheit kritischer Journalisten angesiedelt, die Missstände aufdeckt.

Ökonomische Strukturen und Prozesse, die das politische Handeln im Hintergrund entscheidend bestimmen, und auch die Prozeduren der Entscheidungsfindung, die in der Sphäre der Politik wirksam werden, sind für den Normalbürger kaum durchschaubar. Dies nicht nur, weil das Verstehen ihrer Abläufe theoretisches Wissen verlangt, sondern auch, weil die Mächte, die sie insgeheim bestimmen, aus eigenem Interesse das Licht der Öffentlichkeit scheuen. Das führt dazu, dass politische Prozesse simplifiziert mithilfe dessen interpretiert werden, was man als Personalisierung bezeichnen kann. Wo man die Finanzfunktionsprinzipien des Politischen nicht durchschauen kann, macht man das, was in der Sphäre der Politik geschieht, einseitig und verkürzt vom Willen und den Fähigkeiten von Politikern abhängig, obwohl diese sehr weitgehend in soziale Strukturen und Interessenlagen eingespant sind, die ihr Handeln festlegen. Politik scheint damit vor

allem von der Persönlichkeitsstruktur von führenden Politikern abhängig zu sein. Wo sie einem nicht gefällt, rechnet man das schlicht deren schlechtem Charakter oder deren Dummheit zu. Die Wahlwerbung oder die Berichterstattung des Fernsehens orientieren sich an solchen Personalisierungen und verstärken sie dadurch. Das führt in Krisenzeiten zur Verachtung von Politikern und dem Wunsch nach einem starken Mann, der endlich wieder Ordnung in den Laden bringen kann, wobei die Einflussmöglichkeiten von Einzelnen überschätzt und die Rolle von sozialen Strukturen unterschätzt wird. (Ersatzweise kann auch eine „starke Frau“, wie Frau Le Pen, als Tochter eines *Parteigründers*, diese Rolle übernehmen.)

Diejenigen, die heute ein problematisches politisches System als „die Demokratie“ darstellen, die gegen ihre Feinde verteidigt werden muss, verteidigen damit zugleich eine konservative Politik, die den Status quo sichert.

Noch vor wenigen Jahrzehnten war für die Linke die Demokratie ein Zukunftsprojekt, sie war etwas, was noch zu realisieren sei. Unter Willy Brandt gab die SPD in den sechziger Jahren des letzten Jahrhunderts im Bundestagswahlkampf die Parole aus: „Mehr Demokratie wagen!“. Die Demokratie war noch zu verwirklichen. Heute soll die Demokratie in Gestalt vorhandener gesellschaftlicher Verhältnisse verteidigt werden. Aber wo sind heute in unsere Gesellschaft wirtschaftliche Unternehmen, die katholischen Kirche oder auch Universitäten demokratisch organisiert und gewähren so wirkliche Mitbestimmung? Die Verteidiger des Bestehenden in politischen Institutionen propagieren heute das „Zusammenführen statt Spalten“. Es ist sicherlich so, dass viele soziale und politische Konflikte heute auf irrationale und demagogische Art ausgetragen werden und so Brüche anstatt eines rationalen Zusammenwirkens hervorbringen. Aber gleichzeitig blockiert die Parole „Zusammenwirken statt Spalten“ die Austragung von sozialen und politischen Konflikten, die für notwendige soziale Veränderungen unabdingbar sind. Wo die Benachteiligten sich nicht in konflikthaften Auseinandersetzungen engagiert für mehr Rechte einsetzen, kommt es nicht zu notwendigen sozialen Veränderungen hin zu mehr Freiheit und Demokratie.

Eine nicht vollendete Demokratie, die als „die Demokratie“ akzeptiert und verteidigt werden soll, produziert bei ihren Kritikern nicht nur die Forderung nach mehr

Demokratie, sondern sehr leicht auch antidemokratische Einstellungen, die mit der Ablehnung des Bestehenden zugleich auch die Ideale der Demokratie ablehnen.

Politik des Narzissmus: Zur Wahl von Donald Trump

Diejenigen die sich, aufgrund gesellschaftlicher Entwicklungen, vom sozialen Tod bedroht fühlen, die nicht die Möglichkeit haben, ihre Fähigkeiten im Rahmen ihrer Berufsarbeit angemessen zur Geltung zu bringen oder politisch kaum Einfluss haben, erfahren diese ihre Ohnmacht als narzisstische Kränkung, die ihre Einstellungen zu sich und anderen entscheidend mitbestimmt. Sie können dieser Kränkung entgegenwirken, indem sie sich, zusammen mit anderen, gegen ihre Benachteiligung zur Wehr setzen und dadurch Erfolgserlebnisse erlangen. Wo das nicht der Fall ist, untergräbt der beschädigte Narzissmus leicht die Fähigkeit, Realitäten angemessen zur Kenntnis zu nehmen und begünstigt die Flucht in Phantasmen, die narzisstische Kränkungen ungeschehen machen sollen.

Die Erfahrung kränkender Nichtigkeit drängt dazu, sie durch Größenphantasien kompensieren zu wollen. Wo die eigene Lebenspraxis Größenwünsche kaum ausleben erlaubt, können sie durch die Identifikation mit einer machtvollen oder scheinbar machtvollen Führerfigur Erfüllung suchen. Die Identifikation mit einem großen kleinen Mann, der so ist wie man selbst, und zugleich besonders mächtig ist, erlaubt es dem kleinen Mann auf der psychologischen Ebene an dessen Größe und Macht Teil zu haben. Er vertritt das unerreichbare Ideal, dem man gerne naheifern würde, an dem man aber ständig scheitern muss. Donald Trump hat es in den USA besonders erfolgreich geschafft, mit Hilfe von Propaganda an die Stelle des Ich-Ideals von Vielen zu treten. Trump hat sich als „einer von uns“ dargestellt und kann zugleich, als allmächtiger, erfolgreicher Retter erscheinen, der durch seinen Zugang zum Reichtum als Milliardär seine Fähigkeiten bewiesen hat. Bei Trumps Politik erlangt ein doppelter Narzissmus Einfluss: Der seiner Anhänger, die mit Trumps Hilfe psychische Aufrüstung suchen und Trumps eigener übersteigerter Narzissmus, der ihn mit allen Mitteln zu Erfolg und öffentlicher

Aufmerksamkeit drängt. Beide Gestalten des Narzissmus verbinden sich auf fatale Art.

Trump der Milliardär, der den Kumpel gibt, verschafft eigentümlicher Weise auch dem Ressentiment der Machtlosen gegen die Mächtigen einen Ausdruck. Er spielt den ungehobelten Proleten, der den Mächtigen den Respekt entzieht. In den Fernsehduellen mit Hillary Clinton bediente er sich des Ressentiments der an den Rand Geratenen gegen die Reichen, die Gebildeten, die besseren Damen oder den zum öffentlichen Reden Fähigen. Ihnen soll die Erfahrung, mit ihnen nicht mithalten zu können, in einem Akt der Rache heimgezahlt werden. In seinen vorgeführten schlechten Manieren, mit denen er Frau Clinton den Respekt verweigert, bringt er den Wunsch seiner Anhänger zum Ausdruck, etwas tun zu können, was diese sich nicht trauen oder leisten können.

Wo die narzisstischen Wünsche bei Einzelnen kaum Erfüllung finden, kann man versuchen, diese durch ihre Kollektivierung der Erfüllung näher zu bringen. Identifiziert mit einer machtvollen oder scheinbar machtvollen Führerfigur können sich ihre Anhänger auch untereinander identifizieren und so ein sie aufwertendes Wir-Bewusstsein erlangen. Dieses Wir-Bewusstsein lebt bei Trumps Anhängern nicht zuletzt davon, dass andere abgewertet werden und man sich gegen sie als Feinde zusammenschließt. Man kann dem beschädigten Narzissmus dadurch aufhelfen wollen, dass man sich selbst dadurch aufwertet, dass man andere erniedrigt. Die Fremden oder die politischen Gegner, werden als minderwertig gebrandmarkt und man kann sich dadurch mit narzisstischem Gewinn über sie erheben. Eine Spaltung in Gut und Böse, die dadurch zustande kommt, erlaubt, indem negative eigene Selbstanteile projektiv anderen zugeschoben werden, eine Art narzisstische Selbstreinigung. Werden eigene negative Selbstanteile, die zu Selbsthass führen könnten, auf andere verschoben, kann man sich selbst leichter annehmen.

Wo Politik vor allem psychischen Gewinn verschaffen soll, anstatt primär Interessen vernünftig zu vertreten wird sie zur Identitätspolitik, die vor allem Selbstbilder verteidigen soll. Jede Politik enthält ein Element der Identitätspolitik, wo diese aber zu sehr in den Mittelpunkt rückt, zerstört sie eine rationale Politik. Man verteidigt ein ideales Selbstbild, welches man mit der Realität des eigenen Selbst

verwechselt, gegen die Fremden, gegen die Anhänger anderer Parteien, gegen Frauen, Schwarze, Muslime oder Mexikaner.

Mithilfe des Internet lässt sich eine narzisstische Identitätspolitik auf fatale Art kollektivieren. Über das Internet kann man, ohne besondere argumentative Anstrengungen zustande bringen zu müssen, sich mit anderen eins fühlen, die dieselbe Meinung wie man selbst vertreten. Diese Kollektivierung verlangt kein Eingehen auf politische Programme bzw. keine Formulierung politischer Ziele, sie ist weitgehend auf die Herstellung eines kollektivierten Narzissmus ausgerichtet. Diejenigen, die sonst meist zu den Verlierern gehören, wollen feststellen, wir sind die Vielen, wir gewinnen die Wahl!

Zur Krise der Linken

Das Wiedererstarken rechter Bewegungen ist nicht zuletzt eine Konsequenz einer tiefen Krise der Linken, die das demokratische Potential der Gesellschaft entscheidend schwächt. Mit dem Scheitern des totalitären Sozialismus in Osteuropa haben auch alle anderen Richtungen des Sozialismus an Ansehen verloren. Die kapitalistisch geprägte Gesellschaft scheint heute ohne Alternative zu sein. Die grundlegende Kritik, die die Linke an ihr geübt hat, gilt als hinfällig oder wird nicht mehr zur Kenntnis genommen. Dabei hat weniger die „freie Marktwirtschaft“ als die theoretische und praktische Kritik einer sich als sozialistisch verstehenden westlichen Arbeiterbewegung und die stark antikapitalistisch ausgerichteten Sozialbewegungen der 60er, 70er und 80er Jahre des 20. Jahrhunderts das demokratische Potential der heutigen Kultur in Deutschland und anderswo hervorgebracht. Seit dem Ende des „real existierenden Sozialismus“, das den universellen Triumph des Kapitalismus mit sich gebracht hat, tendieren ehemalige Kritiker des Bestehenden dazu, das Ja-Sagen zu betreiben, es triumphiert der „real existierende Opportunismus“. Es gilt als vernünftig, auf Utopien zu verzichten und das Bestehende zu akzeptieren, an dem allenfalls noch Korrekturen vorgenommen werden können. Aber diese Einstellung, die sich besonders nüchtern vorkommt, zeigt ausgesprochen illusionäre Züge! Warum ist das der Fall?

Menschen leben niemals nur in der Gegenwart. Die bestehende Gesellschaft legt ihren Mitgliedern massive Versagungen auf, die zu individuellen und kollektiven Wunschproduktionen führen, die das Bestehende übersteigen. Diese Wunschproduktionen können den Charakter von Wahnsystemen, von Illusionen oder von Utopien annehmen. Sie können vorwärts und rückwärts gerichtet sein. In diesen Wunschproduktionen steckt immer eine offene oder versteckte Kritik des Bestehenden, woran aufklärerisches Denken anknüpfen kann, das auf sinnvolle und notwendige soziale Veränderungen drängt. Wenn die linken Kräfte - oder die sozialen Bewegungen, die ihr Erbe antreten - keine intellektuell begründeten Alternativen zum Bestehenden anbieten können, in denen Platz für die Wünsche und Hoffnungen der Menschen ist, muss die Kritik am Bestehenden notwendig irrationale Ausdrucksformen annehmen. Wenn keine aufgeklärten gesellschaftlichen Alternativen präsentiert werden, mit denen sich Menschen identifizieren können, drohen kollektive Formen des Fundamentalismus, des Obskurantismus und Nationalismus. Die Linke hat die Aufgabe, über andere Formen des gesellschaftlichen Lebens nachzudenken und sie, soweit wie möglich, praktisch zu erproben. Wenn sie dazu nicht in der Lage ist, überlässt sie Bedürfnisse, die sich auf das Soziale richten, dem Nationalismus, der mit Hilfe von Außenfeinden die Menschen kollektiviert und ihre Sehnsucht nach mehr Gesellschaftlichkeit auf pervertierte Art aufnimmt. Gegen ihn helfen letztlich nur Beziehungen und Verhältnisse, in denen die sozialen Bedürfnisse der Menschen besser aufgehoben sind. Nur durch sie kann dem Nationalismus mit seinen wahnhaften Fiktionen sozialer Zusammengehörigkeit der Boden entzogen werden.

Die Angst vor dem Fremden ist heute nicht zuletzt eine Angst vor notwendigen gesellschaftlichen Veränderungen, die die ängstigende Ablösung vom Bestehenden verlangen. Eine die Gegenwart beherrschende konservative Welle, die die bestehende westliche Welt als beste aller möglichen Welten ausgibt und die begriffslose Anpassung an geltende Regeln als illusionslose Nüchternheit ausgibt, lebt von der Angst vor der Offenheit gegenüber notwendigen sozialen Veränderungen. Wer Veränderungen zu sehr fürchtet, braucht Außenfeinde, die die Verteidigung des Status quo rechtfertigen. Wie viel Offenheit Menschen gegenüber dem Anderen, Neuen, Unbekannten aufweisen, ist ein Index für ihre Emanzipiertheit. Die Angst vor Offenheit ist auch bei Linken anzutreffen, die dogmatisch an überkommene Politikmodelle fixiert sind. Wer über Alternativen zum Bestehenden Klarheit gewinnen will, muss heute neu und anders und unter Berücksichtigung veränderter historischer Erfahrungen über sie nachdenken. Wer die

Angst vor dem Fremden ertragen will, muss sich selbst fremd werden können und Fremder in einer Welt sein können, in der niemand wirklich zu Hause sein kann. Die Demokratie kann nicht durch die Verteidigung des Bestehenden gerettet werden, sondern nur durch das Ringen um ihre Veränderung und Erweiterung.